

Allgemeinverfügung

Tierseuchenverfügung vom 13.08.2020 zur Festlegung eines Sperrbezirks in der Stadt Bielefeld nach § 10 Bienenseuchen-Verordnung mit Anordnung der sofortigen Vollziehung zum Schutz gegen die Amerikanische Faulbrut der Bienen

Aufgrund der

- §§ 35 Satz 2, 36, 41 Abs. 3 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12.11.1999 (GV. NRW. S. 602/SGV. NRW. 2010), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 17. Mai 2018 (GV. NRW. S. 244),
- §§ 5b, 10 und 11 der Bienenseuchen-Verordnung vom 03.11.2004 (BGBl. I S. 2738), zuletzt geändert durch Artikel 7 der Verordnung vom 17. April 2014 (BGBl. I S. 388),
- § 24 des Gesetzes zur Vorbeugung vor und Bekämpfung von Tierseuchen (Tiergesundheitsgesetz – TierGesG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2018 (BGBl. I S. 1938), zuletzt geändert durch Artikel 100 des Gesetzes vom 20. November 2019 (BGBl. I S. 1626),
- § 1 der Verordnung über Zuständigkeiten auf den Gebieten der Tiergesundheit, Tierseuchenbekämpfung und der Beseitigung tierischer Nebenprodukte sowie zur Übertragung von Ermächtigungen zum Erlass von Tierseuchenverordnungen vom 27.02.1996 (GV NW S. 104/SGV. NRW. 7831), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 17. Dezember 2019 (GV. NRW. S. 996)

wird nachstehende Allgemeinverfügung erlassen:

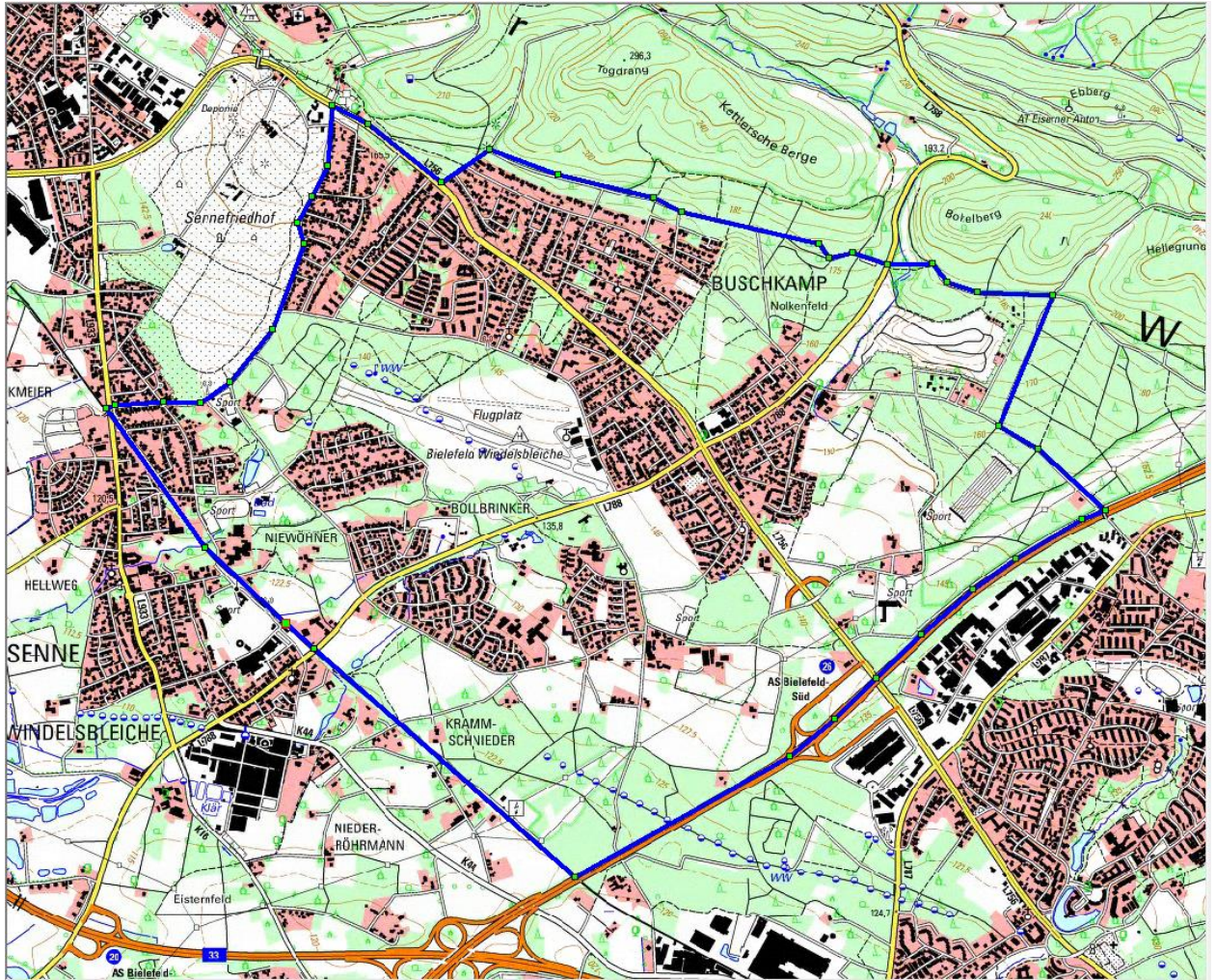
1. Auf dem Gebiet der Stadt Bielefeld wird hiermit ein Sperrbezirk festgelegt, der wie folgt begrenzt ist:

Norden : Brackweder Straße ab Einmündung Friedhofstraße bis Spiegelsberger Weg, weiter in Spiegelsberger Weg, Richtung Osten der Straße „Am Togdrang“ folgend, dort dem Straßenverlauf folgend auf dem Wanderweg, Osningstraße überquerend, weiter Richtung Osten bis erste Wanderwegkreuzung nach Einmündung Senner Hellweg

Osten: Wanderweg zwischen Bokelberg und Hellegrund in südlicher Richtung bis Senner Hellweg, Senner Hellweg in östlicher Richtung bis Autobahn A 2, weitergehend im Verlauf der Autobahn A 2 Richtung Dortmund bis Kreuzung der Eisenbahnlinie

Süden: Verlauf der Eisenbahnlinie ab Autobahn A 2, Wächterstraße

Westen: Friedhofstraße



2. Für den Sperrbezirk gilt folgendes:

- 2.1. Die Bienenhalter sind verpflichtet, Stand und Zahl ihrer Völker dem Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt der Stadt Bielefeld unverzüglich anzuzeigen und entsprechende Hilfe bei der Untersuchung zu leisten.
- 2.2. Alle Bienenvölker und Bienenstände im Sperrbezirk sind unverzüglich auf Amerikanische Faulbrut amtstierärztlich zu untersuchen; diese Untersuchung ist frühestens zwei, spätestens neun Monate nach der Tötung oder Behandlung der an der Seuche erkrankten Bienenvölker des/der verseuchten Bienenstandes/Bienenstände zu wiederholen.
- 2.3. Bewegliche Bienenstände dürfen von ihrem Standort nicht entfernt werden.
- 2.4. Bienenvölker, lebende oder tote Bienen, Waben, Wabenteile, Wabenabfälle, Wachs, Honig, Futtermittel, Bienenwohnungen und benutzte Gerätschaften dürfen nicht aus den Bienenständen entfernt werden.
- 2.5. Bienenvölker oder Bienen dürfen nicht in den Sperrbezirk verbracht werden.

3. Die Anordnungen zu Nr. 2 finden keine Anwendung auf

- 3.1. Wachs, Waben, Wabenteile und Wabenabfälle, wenn sie an Wachs verarbeitende Betriebe, die über die erforderliche Einrichtung zur Entseuchung des Wachses verfügen, unter der Kennzeichnung "Seuchenwachs" abgegeben werden, und
 - 3.2. Honig, der nicht zur Verfütterung an Bienen bestimmt ist.
4. Diese Tierseuchenverfügung ergeht unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs gemäß § 36 Abs. 2 Nr. 3 VwVfG NRW.
 5. Die sofortige Vollziehung meiner Anordnungen zu Nr. 1 und 2 wird hiermit nach § 80 Abs. 2 Nr. 4 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) im besonderen öffentlichen Interesse angeordnet, soweit die aufschiebende Wirkung der Anfechtung nicht bereits nach § 37 Gesetz zur Vorbeugung vor und Bekämpfung von Tierseuchen (Tiergesundheitsgesetz - TierGesG) entfällt.
 6. Diese Tierseuchenverfügung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Begründung:

Im Gebiet der Stadt Bielefeld ist in einem Bestand im Bereich des Ortsteils Senne die Amerikanische Faulbrut der Bienen amtstierärztlich festgestellt worden. Die angrenzende Umgebung auf dem Gebiet der Stadt Bielefeld wird deshalb gem. § 10 Abs. 1 Bienenseuchen-Verordnung zum Sperrbezirk erklärt.

Die Amerikanische Faulbrut der Bienen ist eine gefährliche Erkrankung des Bienenvolkes. Ihr Erreger ist ein Sporen bildendes Bakterium (*Paenibacillus larvae*). Das Bakterium befällt ausschließlich die Bienenbrut. Die Bakterien vermehren sich in der Larve, töten diese dabei ab und gehen dann in die umweltbeständige Dauerform (Spore) über. Aus der weißen Bienenlarve entsteht dabei eine braune, Faden ziehende Masse, die Millionen von Sporen enthält.

Erwachsene Bienen können nicht an der Faulbrut erkranken, verbreiten aber die Sporen in ihrem Haarkleid oder als Ammenbienen über das Futter. Auch im Honig können die Sporen gut überleben.

Die Festlegung eines Sperrbezirks nach § 10 Absatz 1 Bienenseuchen-Verordnung zu Nummer 1 sowie die Anordnung der Anzeige und Untersuchung von Bienenvölkern im Sperrbezirk nach Nummer 2 ist geeignet und erforderlich, um die nach § 11 Bienenseuchen-Verordnung vorgeschriebenen Schutzmaßnahmen in Kraft treten zu lassen und eine Weiterverbreitung der amerikanischen Faulbrut der Bienen damit möglichst zu verhindern. Die Meldepflichten dienen der Aufdeckung möglicher weiterer Seuchenherdefälle sowie der sämtlicher Sporenerde. Voraussetzung für die erfolgreiche Sanierung eines Sperrbezirkes ist, dass alle Sporenquellen erkannt und beseitigt werden, damit sich die Bienen nicht immer wieder neu anstecken.

Andere geeignete Maßnahmen als die angeordneten sind nicht ersichtlich beziehungsweise können nach den tierseuchenrechtlichen Vorschriften nicht gefordert werden. Der Vorbehalt des Widerrufs ist erforderlich, um insbesondere bei Änderung der Seuchenlage die Grenzen der Sperrbezirke entsprechend anpassen zu können.

Gem. § 1 Tierseuchen-Zuständigkeitsverordnung NRW bin ich als Kreisordnungshörde die zuständige Behörde im Sinne des Tiergesundheitsgesetzes und aller aufgrund des TierGesG erlassenen Rechtsverordnungen.

Begründung der Anordnung der sofortigen Vollziehung

Gem. § 37 TierGesG hat die Anfechtung der dort genannten Tierseuchenbekämpfungsmaßnahmen (z. B. Maßnahmen diagnostischer Art, Absonderung verdächtiger Tiere, Verbringungsverbote, Duldungsanordnung von Maßnahmen zur Absperrung von Gebieten) keine aufschiebende Wirkung. Für dort nicht umfasste Maßnahmen wird die sofortige Vollziehung nach § 80 Abs. 2 Ziffer 4 VwGO angeordnet, so dass auch dafür die aufschiebende Wirkung einer Klage entfällt. Die sofortige

Vollziehung kann in den Fällen angeordnet werden, in denen die sofortige Vollziehbarkeit der Maßnahme im öffentlichen Interesse geboten ist.

Die sofortige Vollziehung dieser Verfügung war im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung anzuordnen.

Die Amerikanische Faulbrut der Bienen stellt eine erhebliche Gesundheitsgefährdung für empfängliche Tiere in engerer und weiterer Umgebung dar. Der mit einer Weiterverbreitung der Seuche verbundene wirtschaftliche Schaden ist höher einzuschätzen als das persönliche Interesse an der aufschiebenden Wirkung eines eingelegten Rechtsbehelfs. Es ist daher sicherzustellen, dass auch während eines evtl. Rechtsbehelfsverfahrens notwendige, wirksame und rechtzeitige Tierseuchenbekämpfungsmaßnahmen durchgeführt werden können.

Im Interesse einer effektiven Tierseuchenbekämpfung überwiegt das besondere öffentliche Interesse daran, dass auch während eines eventuellen Klageverfahrens erforderliche Tierseuchenbekämpfungsmaßnahmen durchgeführt werden können. Das Interesse der im Einzelnen betroffenen Bienenhalter muss hinter diesem besonderen öffentlichen Interesse zurückstehen.

Von einer Anhörung wurde gem. § 28 Abs. 2 Nr. 4 Verwaltungsverfahrensgesetz Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) abgesehen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Tierseuchenverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Minden (Königswall 8, 32423 Minden oder Postfach 3240, 32389 Minden) schriftlich oder dort zur Niederschrift des Urkundenbeamten der Geschäftsstelle oder durch Übertragung eines elektronischen Dokuments nach Maßgabe des § 55 a der Verwaltungsgerichtsordnung –VwGO- und der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – ERVV) vom 24.11.2017 (BGBl. S. 3803) einzureichen.

Sollte die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden, so würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

Es wurde die sofortige Vollziehung angeordnet soweit die Maßnahmen nicht bereits kraft Gesetzes sofort vollziehbar sind. Damit hat eine Klage gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO keine aufschiebende Wirkung. Dies bedeutet, dass unabhängig von der Erhebung der Klage der Allgemeinverfügung Folge geleistet werden muss.

Es kann jedoch gemäß § 80 Abs. 5 VwGO ein Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage beim Verwaltungsgericht Minden (Königswall 8, 32423 Minden oder Postfach 3240, 32389 Minden) schriftlich oder dort zur Niederschrift des Urkundenbeamten der Geschäftsstelle oder durch Übertragung eines elektronischen Dokuments nach Maßgabe des § 55 a der Verwaltungsgerichtsordnung –VwGO- und der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – ERVV) vom 24.11.2017 (BGBl. S. 3803) gestellt werden.

Bielefeld, den 13.08.2020

Stadt Bielefeld
Der Oberbürgermeister

Clausen